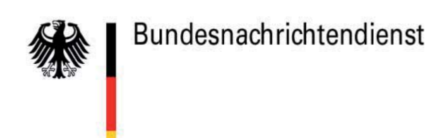
Bundesnachrichtendienst

Mitteilungen der Forschungs- und Arbeitsgruppe „Geschichte des BND“

Nr. 1 1. August 2011

Berlinkrise 1958 und Schließung der Sektorengrenzen in Berlin am 13. August 1961 in den Akten des Bundesnachrichtendienstes



Mitteilungen der Forschungs- und Arbeitsgruppe „Geschichte des BND“

Herausgegeben vom Bundesnachrichtendienst

Hauptherausgeber: Bodo Hechelhammer

Nr. 1 1. August 2011

Inhalt

Seite

Berlinkrise 1958 und Schließung der Sektorengrenzen in Berlin am 13. August 1961 in den Akten des Bundesnachrichtendienstes 5

Anhang
I. Dokumente 9
II. Faksimiles 17

Impressum

Bundesnachrichtendienst
Forschungs- und Arbeitsgruppe „Geschichte des BND“
Gardeschützenweg 71-101
12203 Berlin

Herausgegeben vom Bundesnachrichtendienst
Hauptherausgeber: Bodo Hechelhammer

Internet: www.bnd.bund.de
email: geschichte@bnd.bund.de

ISBN 978-3-943549-00-3

Berlinkrise 1958 und Schließung der Sektorengrenzen in Berlin am 13. August 1961 in den Akten des Bundesnachrichtendienstes

Die Schließung der Sektorengrenzen, die Einschließung des Westteils von Berlin und die beginnende Errichtung der Mauer jähren sich am 13. August zum fünfzigsten Mal.

Die Aufklärung derjenigen politischen Entwicklungslinien, die zu der Krisensituation im August 1961 führten, stand naturgemäß im Fokus der Nachrichtendienste, vor allem des Bundesnachrichtendienstes (BND). Ziel war es, die Bundesregierung mit Meldungen und Stellungnahmen so umfassend, präzise und rechtzeitig wie möglich zu informieren. Dies geschah durch ein regelmäßiges sowie anlassbezogenes Berichtwesen zu tagesaktuellen Einzelvorkommnissen ebenso wie zu allgemeinen langfristigen Lageeinschätzungen.

Aus Anlass des Jahrestages gibt der BND 13 Akten, vor allem zu den Themen Berlin-Krise 1958 und Schließung der Sektorengrenzen in Berlin am 13. August 1961, frei und an das Bundesarchiv ab, wo sie im Bestand 206 der Benutzung offen stehen. Die Akten decken den Zeitraum von 1952 bis 1962 ab und umfassen etwa rund 5.000 Seiten. Inhaltlich behandeln die Aktenbestände im Einzelnen:

Mauerbau in Berlin (Signatur 9.026)
Umfang 29 Seiten
Inhalt: Beschreibung der funktechnischen Überwachung der Nationalen Volksarmee und der Gruppe der sowjetischen Truppen in Deutschland durch den BND inklusive der Beschreibung der vermuteten Maßnahmen im August 1961.

Eskalation der Berlin-Krise 1958 (Signatur 1.233)
Umfang 142 Seiten
Inhalt: Eine chronologische Beschreibung der Ereignisse der Berlin-Krise 1958, darin eingearbeitet die verschiedenen Erkenntnisse und Meldungen des BND: „Ständiges Drängeln der SED, von den Sowjets die Genehmigung für ein schärferes Vorgehen gegen West-Berlin zu erhalten.“ Der BND bereitete sich auf Schläge gegen das eigene Agentennetz vor und ordnete an, alle „laufenden und geplanten Operationen sofort zu überprüfen. In Zweifelsfällen, die dem Gegner sofortige Ansatzpunkte liefern könnten, sind erforderliche Maßnahmen bis einschließlich Herauslösung gefährdeter Verbindungen zu treffen.“ (Dokumentation von 1988).

Berlin- und Deutschlandpolitik 1952-1959 (Signatur 14.626)
Umfang 457 Seiten
Enthält u.a. Informationen über: Sowjetisch-französische Geheimverhandlungen 1952; Sowjetische Truppenstärke 1961: „Entlassung der aktuell eingezogenen Wehrpflichtigen erst nach Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland“; Details zum Verfahren Befragungswesen Berlin 1958; Kontrollsystem Flughafen Tempelhof; verschiedene Luftraumzwischenfälle; Bau des Eisenbahn-Güteraußenringes um Berlin; Unterrichtung des Bundestagspräsidenten zu Gefahren einer Bundestagssitzung in Berlin 1959 durch Reinhard Gehlen.

Lagebeurteilung Berlin 1958-1962 (Signatur 14.627)
Umfang 469 Seiten
Enthält u.a. Informationen über: „Sowjetische Berlin- und Europaoffensive 1959“; Politische Vorgänge; SED-Planung, Agitation und subversive Aktionen; Militärische Vorgänge; Verkehrsverbindungen, Sperren, Kontrollen; Wirtschaft und Versorgung; Flüchtlingszahlen; Außenpolitik der DDR.

Sammlung Berlin- und Deutschlandpolitik 1961 (Signatur 14.628)
Umfang 305 Seiten
Enthält u.a. Informationen über: Verbot des Kirchentages in Berlin im Juli 1961; Vermutungen über Sperrungen von Bahnhöfen und Einrichtung von Kontrollpunkten; Unterbrechung des Interzonenverkehrs; Friedensvertrag zwischen DDR und UdSSR; „Siegesstimmung in der SED-Führung" nach dem 13. August 1961; Politische Einschätzungen der Lage; Vermutete Umsiedlung von Ost-Berliner Arbeitern „in die Zone"; Stimmungseinschätzung der Bevölkerung in der DDR.

Sammlung Berlin- und Deutschlandpolitik 1961 (Signatur 14.629)
Umfang 253 Seiten
Enthält u.a. Informationen über: Einschätzung der Bedeutung der Grenzabriegelung: „Erst mit der Unterbindung der Fluchtwege nach Westberlin könnte das SBZ-Regime seine volle innerpolitische Bewegungsfreiheit gewinnen und unter Ausnutzung der in der Zonenbevölkerung mit Sicherheit zu erwartenden allgemeinen Resignation und Enttäuschung dringende Probleme (Normenfrage, vollständige Sowjetisierung aller Lebensbereiche) ohne die bisher notwendige Rücksichtnahme energisch in Angriff nehmen." (Geheim-Schreiben vom 7. Juli 1961); Britische und US-amerikanische Sicht auf die Berlin-Lage; Postkontrolle; Verlauf der Freiwilligen-Werbeaktion der Freien Deutschen Jugend (FDJ) für die NVA; Luftverkehr über Berlin.

Berlin- und Deutschlandpolitik 1962 (Signatur 14.630)
Umfang 679 Seiten
Enthält u.a. Informationen über: Vermutete sowjetische Planungen für Berlin; Luftkorridor nach West-Berlin; Geplante Strafen in der DDR für den Empfang von Westfunk; Ablösung sowjetischer Truppen in Berlin durch NVA; Einrichtung diplomatischer Vertretungen in der DDR; Sabotageakte gegen West-Berlin; Passierscheine für Ost-Berlin; Sperrung der West-Berliner Gewässer für die Ost-Berliner „Weiße Flotte"; Bewaffnete Kräfte der SBZ im Raum Berlin.

Berlin- und Deutschlandpolitik 1958-1961 (Signatur 14.631)
Umfang 607 Seiten
Enthält u.a. Informationen über: Moskaus Pläne zur „Politik der Koexistenz"; Deutsche Probleme aus der Sicht Pankows; Stellung Chruschtschows; Gipfel-Konferenz USA-Sowjetunion in Wien; Psychologische Kampfführung gegen Westberlin durch Flüsterpropaganda; Einrichtung einer „Freien Stadt Berlin"; Panzermauer am Brandenburger Tor; Abschuss eines amerikanischen Spionageflugzeuges; Pläne zum Flughafen Schönefeld; Die kommunistische Infiltrationstätigkeit, Agitation und Propaganda gegen die BRD-Mai 1961.

Berlin- und Deutschlandpolitik – Mauerbau 1961 (Signatur 14.632)
Umfang 718 Seiten
Enthält u.a. Informationen über: Agentenmeldung über geplante Schließung der Sektorengrenze zwischen 12. und 18.8.1961; Gespräche zwischen DDR und UdSSR-Führung über Verschärfung der Berlin-Frage; Sowjetische Planungen für einen Friedensvertrag mit Deutschland und einer Neuregelung des Besatzungsstatus; Truppenverschiebungen im Raum Berlin; Verletzung des „Vier-Mächte-Status" Berlins durch Stationierung von DDR-Truppen und Rüstungsindustrie in Ost-Berlin; Frage der Lufthoheit über der DDR und Berlin; Einrichtung der Grenzsperrung und Verfahren der DDR-Behörden; Verlauf der Planungen zur Grenzsperrung.

Berlin- und Deutschlandpolitik – Mauerbau 1961 (Signatur 14.633)
Umfang 441 Seiten
Enthält u.a. Informationen über: Fluchtbewegung aus der DDR; Ausweisung „unliebsamer Elemente" aus der DDR; Passier- und Reiseregelungen für Ost-Berlin; Truppenverschiebungen in der DDR; Regelungen zum Luftverkehr; Vorbereitungen für einen Friedensvertrag zwischen DDR und UdSSR; Einschätzung der Berlin-Situation durch andere Nationen.

Berlin- und Deutschlandpolitik 1958, 1959, 1960 (Signatur 14.634)
Umfang 672 Seiten
Enthält u.a. Informationen über: Konsequenzen eines etwaigen Sturzes Chruschtschows; Amerikanische Haltung in der Berlin-Frage; Polnische Sicht der Berlin-Frage; Absichten Prags; Chruschtschows Sportpalastrede; Diplomatische Anerkennung der DDR; Neue Pläne für eine Blockade Berlins; Sowjetische Informationen an das Pankower Außenministerium; Neutralität Deutschlands.

Die Absperrung Ost-Berlins am 13. August 1961 „Mauerbau" (Signatur 14.635)
Umfang 73 Seiten
Inhalt: Chronologische Beschreibung der Ereignisse, darin eingearbeitet die verschiedenen Erkenntnisse und Meldungen des BND. Erkenntnis des BND war z.B.: „Erst Stacheldraht; dann abwarten; wenn nichts erfolgt, Mauerbau." (Dokumentation von 1986).

Die Eskalation der Berlin-Krise 1958. Dokumentation aufgrund der Berichterstattung des BND (Signatur 14.636)
Umfang 141 Seiten
Inhalt: Chronologische Beschreibung der Ereignisse, darin eingearbeitet die verschiedenen Erkenntnisse und Meldungen des BND. Die Beobachtung der Berlin-Situation war „vorrangiger Aufklärungsauftrag für den BND."
(Dokumentation von 1988)

Aus diesen Aktenbeständen werden einzelne Dokumente als Anhang dieser Mitteilung abgedruckt und angefügt. Die Auswahl und Zusammenstellung dieser Berichte erfolgte dabei exemplarisch, um einen skizzenhaften Überblick über die Breite der Akteninhalte zu vermitteln. Sie sind chronologisch geordnet, nummeriert und werden vollständig wiedergegeben. Bearbeitungsvermerke und Randglossen wurden nicht aufgenommen. Die Schreib- und Interpunktionsweisen wurden beibehalten. Fußnoten geben kurze Erläuterungen zum Inhalt bzw. zusätzliche Informationen zu den im Dokumententext enthaltenen Angaben von Abkürzungen, Daten, Ortschaften oder Personen.

In dem ersten Dokument vom 2. Juni 1959 gibt der Präsident des BND, Reinhard Gehlen, gegenüber dem Präsidenten des Deutschen Bundestages, Eugen Gerstenmaier, seine Einschätzung zum Vorhaben wieder, die 3. Bundesversammlung zur Wahl des deutschen Bundespräsidenten in Berlin stattfinden zu lassen. Dabei skizzierte er unspezifisch mögliche Risiken und warnte letztendlich vor der Umsetzung des Vorhabens. Im zweiten Dokument, einer Einzelmeldung vom 29. Juni 1961, wird auf Truppenbewegungen der DDR im Berliner Raum aufmerksam gemacht und diese mit Maßnahmen der DDR-Führung zur gewaltsamen Regelung der Berlin-Frage in Verbindung gebracht. Dokument 3 vom 10. August 1961 enthält den konkreten Hinweis des BND auf die bevorstehende Abriegelung der Sektorengrenzen Berlins für den Zeitraum vom 12. bis 18. August 1961. Das folgende Dokument 4 enthält ein Lagebild, vermutlich unmittelbar nach dem 13. August 1961, der im Berliner Raum befindlichen sowjetischen und DDR-Truppen aus der BND- Funkaufklärung. Im fünften Dokument wird u.a. eine Sitzung des Bundeskabinetts vom 17. August 1961 thematisiert, bei der Äußerungen eines Bundesministers aufgegriffen werden, wonach die USA und Großbritannien schon vor dem 12. August 1961 Kenntnis von den geplanten Sperrmaßnahmen der DDR hatten. Dokument 6 ist eine Tagesmeldung vom 23. August 1961, die über die Schließung weiterer Grenzübergänge in Berlin berichtet. Das siebte Dokument vom 25. August 1961 berichtet über die bevorstehenden Sperrmaßnahmen im Binnenschiffsverkehr nach Berlin. Dokument 8 vom 29. August 1961 skizziert die Bedingungen der sowjetischen Regierung für ein Ende der Absperrung Berlins, darunter die Abschaltung der Westberliner Rundfunksender RIAS und SFB. Im undatierten neunten

Dokument, im Rahmen der Ausgangsberichterstattung, verfasst nach dem 29. August 1961, informierte der BND Ressorts der Bundesregierung über einen Zwischenfall an der deutsch-deutschen Grenze. Das letzte Dokument vom November 1961 berichtet über Pläne der DDR-Führung, die im westlichen Teil Berlins gelegenen Flughäfen Tegel und Tempelhof als verkehrstechnisch unsicher zu diskreditieren, um so das in der DDR gelegene Schönefeld als einzigen Flughafen Berlins zu etablieren.

Dr. Bodo Hechelhammer
Leiter Forschungs- und Arbeitsgruppe
„Geschichte des BND“

Anhang
I. Dokumente

Dokument 1[1]

Geheim

Der Präsident des Bundesnachrichtendienstes[2] 2. Juni 1959
No. 643/59 geh.

4. Ausfertigung

An den
Präsidenten des Deutschen Bundestages
Herrn Dr. D. Eugen G e r s t e n m a i e r[3]
B o n n / Rhein

Sehr verehrter Herr Bundestagspräsident!

Ich darf Bezug nehmen auf die Unterredung vom 2. Mai, bei der Sie mir den Auftrag gaben festzustellen, ob und welche Maßnahmen gegebenenfalls bei der Abhaltung der Bundesversammlung in Berlin[4] seitens der sowjetzonalen Regierung und der Sowjets selbst zu erwarten seien. Ich habe damals sofort eine neue Aufklärung angesetzt, deren Ergebnisse in diesen Tagen zu erwarten sind. Das bisher vorliegende Material, das schon einige Hinweise auf mögliche Gegenmaßnahmen ohne detaillierte Angaben enthält, füge ich in der Anlage bei. Einlaufende weitere Meldungen werden Ihnen jeweils umgehend zugestellt werden.

Ich darf aus meiner Kenntnis der Mentalität und Methoden des Ostblocks aufgrund der Verantwortung, die mein Amt mir auferlegt, auf folgendes hinweisen: Vor dem Tode von Dulles[5] hat die Genfer Konferenz[6] offenbar unmittelbar vor einem ergebnislosen Abbruch gestanden. Es ist dann der Versuch eingeleitet worden, die Gegensätze in Geheimverhandlungen wenigstens einigermaßen zu beseitigen. Nach dem ganzen Meldungsbild ist zu erwarten, daß auch hier keine Ergebnisse erzielt werden, und daß im günstigsten Falle eine Einigung darüber zustandekommt, auf einer Gipfelkonferenz weiter zu verhandeln. Im Falle einer Verschärfung der Gegensätze ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß die Ostseite alles ausnutzen wird, was gegen die Bundesrepublik politisch und propagandistisch ausgenutzt werden kann. Es besteht die sichere Gefahr, daß in der gegenwärtigen Lage der Zusammentritt eines größeren parlamentarischen Gremiums der Bundesrepublik in Berlin unter Umständen zu einem groß angelegten Erpressungsmanöver politisch verwandt wird mit allen Konsequenzen, die sich je nach der Lage daraus ergeben können. Diese Gefahr verringert sich nur dann, wenn die Genfer Konferenz eine überraschend günstige Entwicklung nimmt.
Dies ist nach dem bisherigen Bild kaum zu erwarten. Es dürfte kein Zweifel bestehen, daß unter schärfster Abschirmung entsprechende Maßnahmen verschiedenster Art vorbereitet werden, um die Tagung eines deutschen parlamentarischen Gremiums politisch auszunutzen, zu verhindern oder lahmzulegen. Hierbei wird den Alliierten gegenüber ostentativ alles vermieden werden, was ihnen selbst Anlaß zum Eingreifen geben könnte. Wenn es dem Bundesnachrichtendienst bisher noch nicht gelungen ist – aber vielleicht noch gelingen wird – die konkrete Planung hierfür zu erfassen, so dürfte das an der äußersten Begrenzung des Personenkreises liegen, die in solchen Fällen Anwendung findet.

Der Bundesnachrichtendienst hat seinerzeit einige nicht sehr detaillierte Meldungen über die ostzonale Währungsreform erfaßt und vorgelegt und aufgrund dessen nicht mit dem genügenden Nachdruck auf die bevorstehende Maßnahme aufmerksam gemacht, sondern eine weitere Klärung über die Absichten der anderen Seite, insbesondere in Bezug auf den Zeitpunkt versucht. Bevor diese Maßnahmen des Bundesnachrichtendienstes zur Auswirkung kamen, wurde die unter schärfster Abschirmung und Beteiligung

---

1 BND Archiv 14.626, S. 429 – 431.
2 Reinhard Gehlen (1902-1979), Präsident des BND (1956-1968).
3 Eugen Karl Albrecht Gerstenmaier (1906-1986), Bundestagspräsident (1954-1969).
4 Die 3. Bundesversammlung zur Wahl des deutschen Bundespräsidenten fand am 1. Juli 1959 in Berlin statt.
5 John Foster Dulles (1888-1959), Außenminister der USA (1953-1959).
6 Genfer Außenministerkonferenz vom 11. Mai bis 20 Juni und vom 13. Juli bis 5. August 1959, Treffen der vier deutschen Besatzungsmächte zur Besprechung des Deutschlandproblems.

weniger Persönlichkeiten vorbereitete Währungsreform[7] schlagartig in Gang gesetzt. Es ist mir damals daraus der Vorwurf nicht rechtzeitiger Orientierung gemacht worden, und ich möchte daher pflichtgemäß auf die Gefahr hinweisen, die in der laufenden Periode bei der Abhaltung parlamentarischer Tagungen in Berlin gegeben ist. Selbstverständlich wird der Bundesnachrichtendienst alle Anstrengungen machen, Ihnen Einzelheiten über etwa bevorstehende Maßnahmen und Planungen zu beschaffen.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung habe ich die Ehre zu sein Ihr, sehr verehrter Herr Präsident,

ergebener

Gehlen
(Unterschrift)

Dokument 2[8]

363[9]/roem 5
234 fuer a, b, h, n
von : bnd 05 – n – h – 32740/61 geh. az.: 04-07-00, 04-07-08
vom 29.6.1961

g e h e i m - d r i n g e n d e s fernschreiben -

betr.: veraenderungen bei den bewaffneten organen des mdi[10] am ring um berlin (rub)

die in berlin-rummelsburg stationierte 2. bereitschaft der volkspolizei, bestehend aus 7 kompanien und einer technischen kompanie, soll in kuerze ihre unterkuenfte raeumen und in privatquartieren untergebracht werden. in die geraeumten unterkuenfte soll die ,,vp[11]-bereitschaft basdorf,, verlegt werden, „die regierung der ddr wolle mehr volkspolizisten in berlin zur verfuegung haben,,. diese mitteilung machte der kommandeur der 2. bereitschaft in einer ansprache waehrend eines appells seiner einheit.
aus der truppe wurde hierzu bemerkt, diese aeusserungen haette der kommandeur nicht machen duerfen, da die angefuehrten massnahmen unter besonderer geheimhaltung staenden.

(f – 3)[12]

anmerkung:
die meldung erscheint im hinblick auf die vorangegangenen meldungen betr. aufstellung motbrig[13]-berlin, aufloesung der vp-bereitschaft-ostberlin glaubwuerdig. es verdichtet sich der eindruck, dass hier massnahmen im anlaufen sind, die im zusammenhang mit der angekuendigten regelung der berlin-frage stehen koennen. +++

Dokument 3[14]

+ dringendes fs. nr. 4288 * 110861 * * 1535 *

---

7 Am 13. Oktober 1957 erfolgte in der DDR eine Währungsreform.
8 BND Archiv 14.632, S. 71.
9 Die Dienststelle 363 war dem Aufgabenbereich „Präsident BND“ zugeordnet.
10 Ministerium des Innern der DDR.
11 Volkspolizei. Hierbei handelte es sich um kasernierte Einheiten des Ministeriums des Inneren, die zur Absicherung bei besonderen Anlässen eingesetzt wurden.
12 Code für Meldungsbewertung nach zwei Gesichtspunkten: Die entsprechende Quelle wurde mit „F“ („Zuverlässigkeit kann nicht beurteilt werden“) eingestuft; der Wahrheitsgehalt der Meldung wurde mit „3“ („möglicherweise zutreffend“) angegeben.
13 Motorisierte Brigade.
14 BND Archiv 14.632, S. 2.

an fa. flora fuer mehring
von fa. senkmueller / 11.8.61

meldung nr. • - 90 712

betr.: schliessung der sektorengrenzen
pol/nb sbz/ostberlin 13910/16754/nor. uqu. [15] norman
takt.zeit[16]: 12.-18.8.1961 fest.zeit[17]: 10.8.1961 – gespraechserkundung.

norman rief am 10.8.61 gegen 11.45 uhr quelle telefonisch an und teilte mit, er habe soeben aus ostberliner sed-quelle erfahren, dass massnahmen vorbereitet werden, die sektorengrenzen zwischen dem 12. und 18.8.1961 zu schliessen, um den nicht mehr kontrollierbaren fluechtlingsstrom zu unterbinden.
nor.uqu. war nicht bereit, den namen ihres informanten zu nennen.

sol.: •-90 712 pol/nb sbz/ostberlin 13910/16754 nor.uqu. norman 12.-18.8.1961 10.8.1961 10.8.61 11.45 12. und 18.8.1961 nor.uqu.

+

Dokument 4[18]

Im Zusammenhang mit der Berlin-Krise (13 aug 61) wurden lediglich Bereitschaftsmaßnahmen bei 3. Stoßarmee/GSTD[19], 24. Front LA[20], NVA/Heer, LSK-LV[21] und Bereitschaftspolizei festgestellt. In den anderen Armeen der GSTD und in den anderen WP[22]-Staaten lief die Ausbildung planmäßig weiter.

Das VtdgMin[23] MOSKAU verstärkte fernmeldemäßig seine Einwirkungsmöglichkeiten auf die GSTD/land- und Luftstreitkräfte.

Hierzu folgende Einzelfeststellungen:

GSTD: Im Hauptführungsnetz der Gruppe seit 11 bzw 12 aug 61 Auftreten von 3 u/i Unterfunkstellen (Stäben)[24] im Raum ZOSSEN, FÜRSTENWALDE und LEIPZIG.
Anmerkung: Der im Raum ZOSSEN festgestellte u/i Stab wurde bis 08 apr 60 lfd erfaßt. U/i Stäbe FÜRSTENWALDE (seit 12 aug) und LEIPZIG (seit 11 aug) erstmalig festgestellt. Noch keine taktische Deutung der Stäbe.

Im Bereich der 3. Stoßarmee treten seit 11 aug 61 3 u/i-Einsatznetze auf.

NVA/Land: a) Im Führungsnetz der Armee NORD nehmen Unterfunkstellen ORANIENBURG, STAHNSDORF, BRANDENBURG und BURG (= Verbände der Div POTSDAM) seit 13 aug 61 nicht mehr am Verkehr teil.

---

[15] Unterquelle, die nicht direkt durch den Verbindungsführer, sondern durch eine andere eingewiesene Quelle geführt wird.
[16] Taktische Zeit gibt an, wann ein Vorgang stattgefunden hat, stattfindet oder stattfinden wird.
[17] Feststellungszeit gibt an, wann der Quelle die gemeldete Nachrichte bekannt wurde.
[18] BND Archiv 9.026; S. 16.
[19] Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland.
[20] Front-Luftarmee.
[21] Luftstreitkräfte/Luftverteidigung der NVA.
[22] Warschauer Pakt.
[23] Verteidigungsministerium.
[24] u/i=unidentified. u/i-Unterfunkstellen sind nachgeordnete Stäbe bzw. Einheiten in einem Funknetz mit einer Leitstelle (übergeordneter Stab), die nicht zugeordnet werden konnten.

Anmerkung: Einsatz von Tln der Div POTSDAM aus vorstehenden Standorten im Großraum BERLIN wahrscheinlich.

Dokument 5[25]

Aus Bonn:
1. In der Sitzung des Bundeskabinetts am 17.8.1961[26] berichtete ein Bundesminister aus „einwandfreier Quelle", mindestens die Berliner Stadtkommandanten[27] der USA und Großbritanniens hätten bereits vor dem 13.8.1961, spätestens am 12.8.1961 mittags, Kenntnis von den beabsichtigten Sperrmaßnahmen Pankows gehabt.
Das Bundeskabinett beschloß daraufhin strengste Geheimhaltung dieses Tatbestandes. KRONE[28] informierte nur einzelne Mitglieder der CDU-Fraktion.

2. In seiner Unterredung mit dem Bundeskanzler ließ SMIRNOW[29] gewisse Andeutungen über eine vorherige sowjetische/amerikanische „Verständigung" bezüglich Absperrmaßnahmen fallen.

3. In der Washingtoner Arbeitsgruppe kam es nach dem 13.8.1961 zu ernsten Meinungsverschiedenheiten über das Verhalten des Westens nach dem Rechtsbruch Pankows.
GREWE[30] soll am Abend des 17.8. vertraulich von „unglaublichen angloamerikanischen Extratouren" gesprochen haben.

Dokument 6[31]

+an : bmvtdg[32] fue b[33] roem 2[34] 3
bmvtdg fue h[35] roe 2 2 - hardthoehe roem 1 (helo)
bmvtdg fue l[36] roem 2 2
bmvtdg fue m[37] roem 2 2

von : bnd 05 - n - h - 32 859/61 geh. vom 23.8.1961

g e h e i m - s o f o r t fernschreiben -

nur zur eigenen unterrichtung
____

[25] BND Archiv 14.632, S. 657.
[26] Laut den edierten Kabinettsprotokollen der Bundesregierung fand am 17. August keine Kabinettssitzung statt.
[27] Alliierte Kommandantur war das Kontrollorgan der vier Besatzungsmächte für Berlin; mit Austritt des sowjetischen Kommandanten 1948 nur noch für West-Berlin.
[28] Heinrich Krone (1895-1989), 1961 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion.
[29] Andrei Andrejewitsch Smirnow (1905-1982), 1961 sowjetischer Botschafter in der Bundesrepublik.
[30] Wilhelm Grewe (1911-2000), 1961 deutscher Botschafter in den USA.
[31] BND Archiv 14.632, S. 576 – 577.
[32] Bundesministerium der Verteidigung.
[33] Führungsstab der Bundeswehr.
[34] II/Nachrichtenwesen.
[35] Führungsstab des Heeres.
[36] Führungsstab der Luftwaffe.
[37] Führungsstab der Marine.

betr.: tagesmeldung nva 23. aug 61

in der nacht 22/23 aug wurden durch das regime der sbz von den bisherigen uebergangsstellen 5 weitere geschlossen.
es sind ab 23 aug an uebergangsstellen vorhanden:

1. fuer auslaender einschl. diplomaten
   friedrichstrasse
2. fuer westberliner
   chausseestrasse
   invalidenstrasse
   oberbaumbruecke
   sonnenallee
3. fuer angehoerige der brd
   bornholmerstrasse
   heinrich-heine-strasse

+++++
fin bt qsl = 0930 = dks ws +???

Dokument 7[38]

+an : bmvtdg fue b roem 2 2/3
bmvtdg fue h roem 2 2- hardthoehe roem 1 (helo)
bmvtdg fue l roem 2 2
bmvtdg fue m roem 2 2
mit anschriftenuebermittlung
363/roem 6 fuer buka[39], aa[40], bmg[41], bm-verk[42],
nachrichtlich 363/roem 3
von : bnd 0? - n - tv - 61 921/61 geh. vom 25.8.61 az.: 04-08-12

g e h e i m - d r i n g e n d e s fernschreiben -

betr.: sperrmassnahmen im binnenschiffsverkehr nach berlin
bew.[43]: f - 3 / z.d.f.[44]: 20.8.61.

1. in der zentralstelle fuer schiffbau und seefahrtswesen wird seit dem 20 aug eine anordnung vorbereitet, durch die der bisher von den sperrverordnungen des 13 aug offiziell noch nicht betroffene binnenschiffsverkehr nach berlin „so gut wie restlos“ eingeschraenkt werden soll.
2. bis zum erlass dieser anordnung darf aufgrund einer anweisung des mfv[45] vom 13 aug 01.15 kein schiff von den wasserstrassen der sbz oder des sowjetsektors von berlin auf solche „des westens ueberwechseln“. die durchfuehrung dieser ueber das wasserstrassen-fernsprechnetz („wasa“) durchgegebenen anweisung ist von kontrollposten der nva sicherzustellen.

seite 2 zu fs nr. 61 921/61 geh.

g e h e i m

---

[38] BND Archiv 14.632, S. 615.
[39] Bundeskanzleramt.
[40] Auswärtiges Amt.
[41] Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen.
[42] Bundesministerium für Verkehr.
[43] Bewertung der Meldung.
[44] Zeit der Feststellung.
[45] Ministerium für Verkehrswesen der DDR.

anmerkung:
die getroffenen und geplanten massnahmen bereffen offenbar zunaechst nur sowjetzonale schiffe. ihre auswirkungen sind praktisch seit 13 aug eingetreten, da seitdem weder in der bundesrepublik noch in berlin west sowjetzonale schiffe eingetroffen sind.

nach abgang z.k (im hause)

363/w		1x		
171		1x		
180		1x		
281		1x		
281/roem 5		2x		
441		1x		
234		2x		
mr. brent		1x		
125		1x		
125 pol	2x			
125 w-rue		1x		
125 mil	2x			
125 mil roem 1		1x		
125 mil-str			4x	
125 mil-h			6x	
125 mil-l		1x		
125 mil-m			2x	
125 mil-t/v			2x	++++++

Dokument 8[46]

487/I Nr. 147 153 v. 29.8.1961

Land : SU/SBZ/BRD/Westmächte
Betr.: Sowjetische Andeutungen über mögliche Aufhebung der Schliessung der Sektorengrenze in Berlin
Z.d.F. 18.8.1961
Bew. : C[47]

Meldung:
Aus MOSKAU:

Ein sowjetischer Funktionär erklärte, durch die Schliessung der Sektorengrenze in Berlin seien die Probleme vereinfacht. Die SU sei bereit, die Sektorengrenze wieder zu öffnen, wenn die USA Massnahmen träfen, um Westberlin gegenüber dem Osten politisch zu neutralisieren. Das würde bedeuten: RIAS und der Sender Freies Berlin in der jetzigen polemischen Form mit ihrer zersetzenden Wirkung müssten verschwinden; der Berliner Senat müsse eine neutrale Haltung, etwa wie die Regierung in Wien, einnehmen; es müsse ein realistischerer Wechselkurs gefunden werden. Die Anwesenheit alliierter Truppen in Westberlin störe nicht. Westberlin werden nicht blockiert werden. Falls die USA bereit seien, dem Gedanken einer politischen Neutralisierung Berlins näherzutreten, werde die SU auch die Kontrolle der Verbindungen nach Westberlin nicht an Ulbricht[48] übertragen. Diese Gedanken sollten der Kern eines Friedensvertrages sein, an dem die SU den Westen gern beteiligen möchte. In diesem Vertrag wäre der freie Zugang des Westens nach Berlin garantiert.

[46] BND Archiv 14.632, S. 672.
[47] Die Meldung wurde hinsichtlich der Zuverlässigkeit der Quelle mit „C“ „nicht immer zuverlässig“ beurteilt.
[48] Walter Ulbricht (1893-1973), 1961 SED-Chef und Staatsoberhaupt der DDR.

Dokument 9[49]

An
Herrn Bundesminister des Innern[50]
(vierfach: je 1 Stück für die Referate VI A/4, VI B/1, VI B/5, VI C/2)

Herrn Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen[51]

Herrn Bundeminister für Verteidigung[52]
(doppelt: je 1 Stück z. H. v. Herrn Brigadegeneral Wessel[53] o. V. i. A. u.
Herrn Oberstleutnant i. G. Dr. Trentzsch[54] o. V. i. A.)

das Bundeskanzleramt
das Auswärtige Amt – Abt. II –

Herrn Bundesminister für Wirtschaft[55]
- Referat IV C 7 – z. H. v. Herrn Kleindienst[56] o. V. i. A. –

B o n n
das Bundesamt für Verfassungsschutz (doppelt)

K ö l n

Betr.: Besondere Grenznachricht;
hier: Zwischenfall an der SBZ-Demarkationslinie auf der Straße
Neustadt b. Cbg.– Sonneberg (Hauptzollamt Coburg)

Am 29. August gegen 1.30 Uhr traf der Zollkommissar Neustadt eine Streife der US-Streitkräfte auf der Straße Neustadt – Sonneberg. Er ging mit 2 Mann der Streife in Grenznähe durch den Hof eines Anwesens links der Straße, um ihnen ein Panzerfahrzeug auf dem Gebiet der SBZ und die Arbeiten von 100 – 150 Mann am Drahtzaun auf dem Gebiet der SBZ zu zeigen. Ein dritter Mann der US-Streife, der vermutlich den drei Personen folgen wollte und wohl nicht bemerkt hat, daß diese links von der Straße abgebogen waren, ist geradeaus weitergegangen. Er ist an der Straßensperre auf dem Gebiet der Bundesrepublik vorbeigegangen, hat nach etwa 5 m die Demarkationslinie überschritten und ist auf eine Gruppe von 30 – 40 Personen zugegangen, die jenseits der Demarkationslinie auf dem Gebiet der SBZ standen. Bei diesen Personen handelte es sich um Angehörige der sowjetzonalen Grenzpolizei, die die Arbeiten am Drahtzaun überwachten. Der Amerikaner ist somit den Angehörigen der sowjetzonalen Grenzpolizei einwandfrei auf dem Gebiet der SBZ direkt in die Arme gelaufen. Er wurde nach kurzer Gegenwehr überwältigt und abgeführt.

Der Vorfall spielte sich so schnell ab, daß ein Angehöriger des BGS[57], der in der Nähe der Straßensperre auf Bundesgebiet stand und die Arbeiten am Drahtzaun beobachtete, den Amerikaner nicht mehr warnen und aufhalten konnte.

Im Auftrag
(Unterschrift)

---

[49] BND Archiv 14.632, S. 673 – 674.
[50] Gerhard Schröder (1910-1989).
[51] Ernst Lemmer (1898-1970).
[52] Franz Josef Strauß (1915-1988).
[53] Gerhard Wessel (1913-2002), 1961 Unterabteilungsleiter II (Nachrichtenwesen) im Bundesministerium der Verteidigung.
[54] Karl-Christian Trentzsch (1919-1970).
[55] Ludwig Erhard (1897-1977).
[56] Willi Herbert Kleindienst (*1920), Leiter Referat für Interzonenhandel.
[57] Bundesgrenzschutz.

Dokument 10[58]

487/II SB Nr. 151 463 v. 21.11.61
Land: SBZ
Betr.: Das Politbüro der SED betont Sicherheitsgründe bei der Behandlung der Luftverkehrslage.
Z.d.F. 20.11.61
Bew.: B[59]

Aus Ost-BERLIN:

1) Der verantwortliche Funktionär des Luftfahrtwesens in der SBZ Arthur PIECK[60], erhielt vom Politbüro der SED den dringenden Auftrag, die Frage zu untersuchen, wie weit mit der Fortsetzung des Flugverkehrs nach TEMPELHOF und TEGEL durch das zeitweilige Überfliegen Ost-BERLINs vor allem bei der Landevorbereitung eine Gefährdung für die Ostberliner Bevölkerung eintritt.
2) Die SED zielt jetzt darauf hin, vor allem Sicherheitsgründe in den Vordergrund zu spielen, um TEMPELHOF und TEGEL auszuschalten. Die neue Initiative des Politbüros wurde ausgelöst durch die neuen Aktionen Präsident KENNEDYs zur Verbesserung der Luftlandesystems über den amerikanischen Grosstädten. Die ersten Berichte über die amerikanischen Aktionen wurden dem Büro von Arthur PIECK zugeleitet.
3) In diesem Zusammenhang wird berichtet, dass das Büro PIECK genügend Unterlagen dafür besitze, das TEMPELHOF und TEGEL zu den gefährlichsten Flughäfen EUROPAs gehörten. SCHÖNEFELD sei nicht nur aus politischen Gründen angelegt worden, sondern aus den Sicherheitsüberlegungen, die überall in der Welt dazu führten, die grossen Flughäfen von der unmittelbaren Stadtnähe fortzunehmen.
4) Den Vorschlägen, die jetzt von der SBZ auf technischer Basis ausgearbeitet werden, liegen die Tendenzen zugrunde, ein Überfliegen Ost-BERLINs zu verbieten und rechtliche Vorbereitungen dafür zu schaffen, dass die SBZ bei späteren Verhandlungen für den Düsenflugverkehr aus Sicherheitsgründen keine Genehmigung für einen Innenstadtflughafen wie TEMPELHOF oder TEGEL erteilen wird.
5) Im Rahmen dieser Vorschläge taucht der Plan auf, für West-BERLIN und seinen Verkehr mit der BRD und dem westlichen Ausland eine besondere Abfertigung in SCHÖNEFELD zu errichten, zu der eine Direktverbindung über die Schiene in gut 10 Minuten nach TEMPELOF führen soll. Es bestünde auch die Möglichkeit, die Hauptabfertigung in TEMPELHOF zu belassen und die Passagiere von und nach West-BERLIN vom Flugzeug bis zur Bahnverbindung nach TEMPELHOF zu schleusen. Dieser Plan ist in allen seinen Einzelheiten noch nicht bekannt, zumal er auch noch nicht die Form eines abgeschlossenen Materials besitzt, sondern nur als Diskussionsgrundlage für die Beratungen mit der politischen Führung der SBZ und der SU gilt.

---

[58] BND Archiv 14.631, S. 409-410.
[59] Die Meldung wurde hinsichtlich der Zuverlässigkeit der Quelle mit „B“ „allgemein zuverlässig“ beurteilt.
[60] Arthur Pieck (1899-1970), 1961 Leiter der Hauptverwaltung Zivile Luftfahrt der DDR

II. Faksimiles

Dokument 1

Geheim

Der Präsident des Bundesnachrichtendienstes
No. 643/59 geh.

[illegible]. Juni 1959 96

429

4. Ausfertigung

~~358~~

An den
Präsidenten des Deutschen Bundestages
Herrn Dr. D. Eugen G e r s t e n m a i e r

B o n n / Rhein

Sehr verehrter Herr Bundestagspräsident!

Ich darf Bezug nehmen auf die Unterredung vom 2 . Mai, bei der Sie mir den Auftrag gaben festzustellen, ob und welche Maßnahmen gegebenenfalls bei der Abhaltung der Bundesversammlung in Berlin seitens der sowjetzonalen Regierung und der Sowjets selbst zu erwarten seien. Ich habe damals sofort eine neue Aufklärung angesetzt, deren Ergebnisse in diesen Tagen zu erwarten sind. Das bisher vorliegende Material, das schon einige Hinweise auf mögliche Gegenmaßnahmen ohne detaillierte Angaben enthält, füge ich in der Anlage bei. Einlaufende weitere Meldungen werden Ihnen jeweils umgehend zugestellt werden.

Ich darf aus meiner Kenntnis der Mentalität und Methoden des Ostblocks aufgrund der Verantwortung, die mein Amt mir auferlegt, auf folgendes hinweisen: Vor dem Tode von Dulles hat die Genfer Konferenz offenbar unmittelbar vor einem ergebnislosen Abbruch gestanden. Es ist dann der Versuch eingeleitet worden, die Gegensätze in Geheimverhandlungen wenigstens einigermaßen zu beseitigen. Nach dem ganzen Meldungsbild ist zu erwarten, daß auch hier keine Ergebnisse erzielt werden, und daß im günstigsten Falle eine Einigung darüber zustandekommt, auf einer Gipfelkonferenz

- 2 -

Geheim

430

Geheim

zu BND No. 643/59 geh.
4 . Ausfertigung

97 ~~359~~

- 2 -

weiter zu verhandeln. Im Falle einer Verscharfung der Gegensatze ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß die Ostseite alles ausnutzen wird, was gegen die Bundesrepublik politisch und propagandistisch ausgenutzt werden kann. Es besteht die sichere Gefahr, daß in der gegenwartigen Lage der Zusammentritt eines größeren parlamentarischen Gremiums der Bundesrepublik in Berlin unter Umständen zu einem groß angelegten Erpressungsmanöver politisch verwandt wird mit allen Konsequenzen, die sich je nach der Lage daraus ergeben können. Diese Gefahr verringert sich nur dann, wenn die Genfer Konferenz eine überraschend gunstige Entwicklung nimmt. Dies ist nach dem bisherigen Bild kaum zu erwarten. Es dürfte kein Zweifel bestehen, daß unter schärfster Abschirmung entsprechende Maßnahmen verschiedenster Art vorbereitet werden, um die Tagung eines deutschen parlamentarischen Gremiums politisch auszunutzen, zu verhindern oder lahmzulegen. Hierbei wird den Alliierten gegenüber ostentativ alles vermieden werden, was ihnen selbst Anlaß zum Eingreifen geben könnte. Wenn es dem Bundesnachrichtendienst bisher noch nicht gelungen ist - aber vielleicht noch gelingen wird - die konkrete Planung hierfür zu erfassen, so dürfte das an der äußersten Begrenzung des Personenkreises liegen, die in solchen Fällen Anwendung findet.

Der Bundesnachrichtendienst hat seinerzeit einige nicht sehr detaillierte Meldungen über die ostzonale Währungsreform erfaßt und vorgelegt und aufgrund dessen nicht mit dem genügenden Nachdruck auf die bevorstehende Maßnahme aufmerksam gemacht, sondern eine weitere Klärung über die Absichten der anderen Seite, insbesondere in Bezug auf den Zeitpunkt versucht. Bevor diese Maßnahmen des Bundesnachrichtendienstes zur Auswirkung kamen, wurde die unter schärfster Abschirmung und Beteiligung weniger Persönlichkeiten vorbereitete Währungsreform schlagartig in Gang gesetzt. Es ist mir damals daraus der Vorwurf nicht rechtzeitiger Orientierung gemacht worden, und ich möchte daher pflichtgemäß auf die Gefahr hinweisen,

- 3 -

Geheim

431

Geheim

zu BND No. 643/59 geh. 98 ~~360~~
4. Ausfertigung

\- 3 -

die in der laufenden Periode bei der Abhaltung parlamentarischer Tagungen in Berlin gegeben ist. Selbstverständlich wird der Bundesnachrichtendienst alle Anstrengungen machen, Ihnen Einzelheiten über etwa bevorstehende Maßnahmen und Planungen zu beschaffen.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung habe ich die Ehre zu sein Ihr, sehr verehrter Herr Präsident,

ergebener

Gehlen

7 Anlagen

Dokument 2

071

~~bukamueber~~ 363/roem 5

234 fuer a, b , h, n

von : bnd 05 - n - h - 32740/61 geh. az.: 04-07-00, 04-07-08

vom 29.6.1961

g e h e i m - d r i n g e n d e s fernschreiben -

betr.: veraenderungen bei den bewaffneten organen des mdi am
------ ring um berlin (rub)

363 vorgelegt am:
zurück 171: -5.7.61

die in berlin-rummelsburg stationierte 2. bereitschaft der volkspolizei, bestehend aus 7 kompanien und einer technischen kompanie, soll in kuerze ihre unterkuenfte raeumen und in privat-quartieren untergebracht werden. in die geraeumten unterkuenfte soll die ,,vp-bereitschaft basdorf,, verlegt werden, ,,die regierung der ddr wolle mehr volkspolizisten in berlin zur verfuegung haben,,. diese mitteilung machte der kommandeur der 2. bereitschaft in einer ansprache waehrend eines appells seiner einheit.

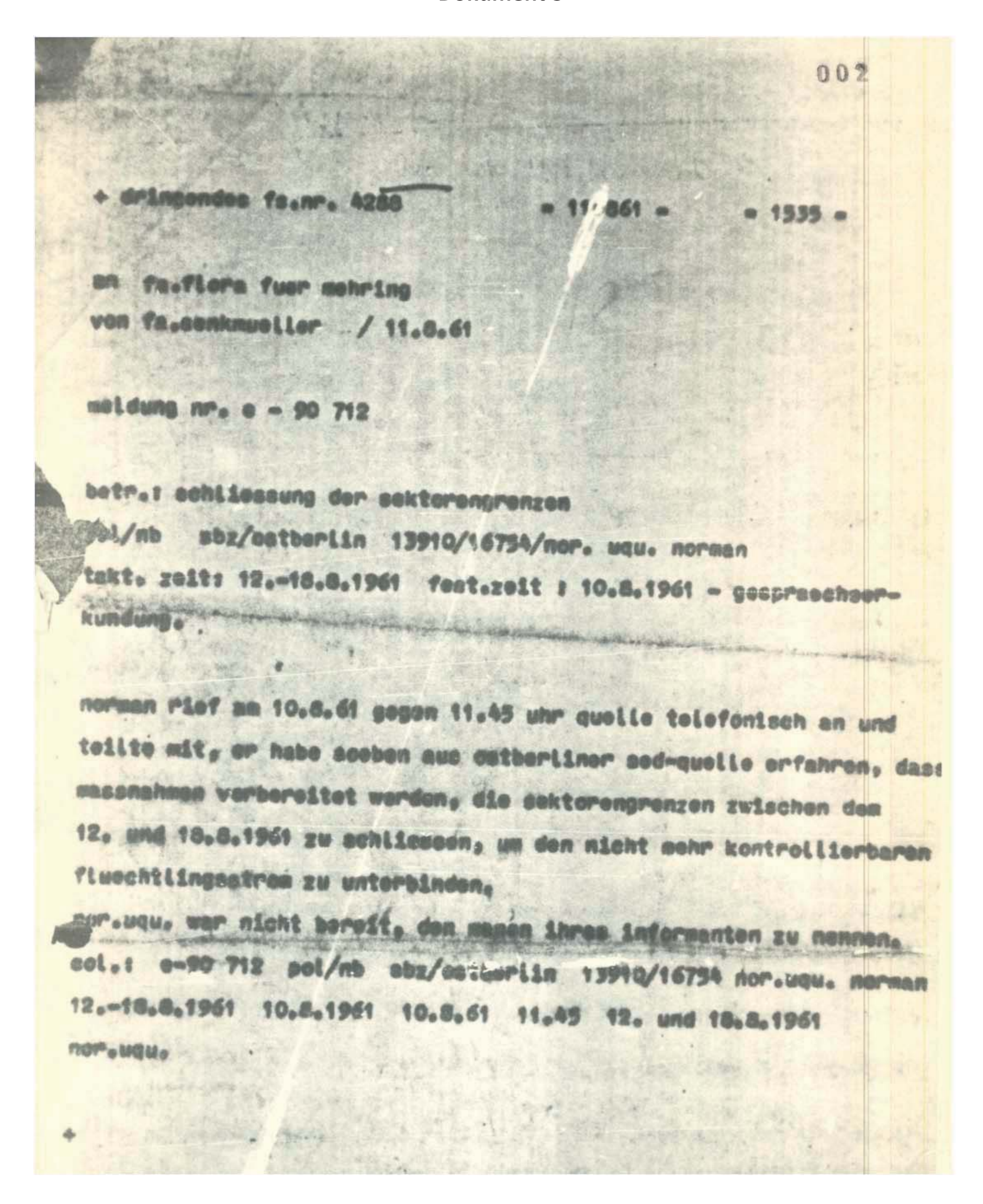
aus der truppe wurde hierzu bemerkt, diese aeusserungen haette der kommandeur nicht machen duerfen, da die angefuehrten massnahmen unter besonderer geheimhaltung staenden.

(f - 3)

anmerkung:
----

die meldung erscheint im hinblick auf die vorangegangenen meldungen betr. aufstellung motbrig-berlin, aufloesung der vp-bereitschaft-ostberlin glaubwuerdig. es verdichtet sich der eindruck, dass hier massnahmen im anlaufen sind, die im zusammenhang mit der angekuendigten regelung der berlin-frage stehen koennen.+++

Dokument 3



002

+ dringendes fs.nr. 4288 = 11.861 = = 1535 =

an fs.flora fuer mehring
von fs.senkmueller / 11.8.61

meldung nr. e - 90 712

betr.: schliessung der sektorengrenzen
pol/nb sbz/ostberlin 13910/16754/nor. uqu. norman
takt. zeit: 12.-18.8.1961 fest.zeit : 10.8.1961 - gespraechser-
kundung.

norman rief am 10.8.61 gegen 11.45 uhr quelle telefonisch an und
teilte mit, er habe soeben aus ostberliner sed-quelle erfahren, dass
massnahmen vorbereitet werden, die sektorengrenzen zwischen dem
12. und 18.8.1961 zu schliessen, um den nicht mehr kontrollierbaren
fluechtlingsstrom zu unterbinden.
nor.uqu. war nicht bereit, den namen ihres informanten zu nennen.
sol.: e-90 712 pol/nb sbz/ostberlin 13910/16754 nor.uqu. norman
12.-18.8.1961 10.8.1961 10.8.61 11.45 12. und 18.8.1961
nor.uqu.

+

Dokument 4

1 Expl may 70 an
SBND / T Frühling

016

Im Zusammenhang mit der Berlin-Krise (13 aug 61) wurden lediglich Bereitschaftsmaßnahmen bei 3. Stoßarmee/GSTD, 24.Front LA, NVA/Heer, LSK-LV und Bereitschaftspolizei festgestellt. In den anderen Armeen der GSTD und in den anderen WP-Staaten lief die Ausbildung planmäßig weiter.

Das VtdgMin MOSKAU verstärkte fernmeldemäßig seine Einwirkungsmöglichkeiten auf die GSTD/land- und Luftstreitkräfte.

Hierzu folgende Einzelfeststellungen:

GSTD: Im Hauptführungsnetz der Gruppe seit 11 bzw 12 aug 61 Auftreten von 3 u/i Unterfunkstellen (Stäben) im Raum ZOSSEN, FÜRSTENWALDE und LEIPZIG.

Anmerkung: Der im Raum ZOSSEN festgestellte u/i Stab wurde bis 08 apr 60 lfd erfaßt. U/i Stäbe FÜRSTENWALDE (seit 12 aug) und LEIPZIG (seit 11 aug) erstmalig festgestellt. Noch keine taktische Deutung der Stäbe.

Im Bereich der 3. Stoßarmee treten seit 11 aug 61 3 u/i-Einsatznetze auf.

NVA/Land: a) Im Führungsnetz der Armee NORD nehmen Unterfunkstellen ORANIENBURG, STAHNSDORF, BRANDENBURG und BURG (= Verbände der Div POTSDAM) seit 13 aug 61 nicht mehr am Verkehr teil.

Anmerkung: Einsatz von Tln der Div POTSDAM aus vorstehenden Standorten im Großraum BERLIN wahrscheinlich.

- 2 -

Dokument 5

657

Aus Bonn:

1. In der Sitzung des Bundeskabinetts am 17.8.1961 berichtete ein Bundesminister aus "einwandfreier Quelle", mindestens die Berliner Stadtkommandanten der USA und Großbritanniens hätten bereits vor dem 13.8.1961, spätestens am 12.8.1961 mittags, Kenntnis von den beabsichtigten Sperrmaßnahmen Pankows gehabt.
Das Bundeskabinett beschloß daraufhin strengste Geheimhaltung dieses Tatbestandes. KRONE informierte nur einzelne Mitglieder der CDU-Fraktion.

2. In seiner Unterredung mit dem Bundeskanzler ließ SMIRNOW gewisse Andeutungen über eine vorherige sowjetisch/amerikanische "Verständigung" bezüglich Absperrmaßnahmen fallen.

3. In der Washingtoner Arbeitsgruppe kam es nach dem 13.8.1961 zu ernsten Meinungsverschiedenheiten über das Verhalten des Westens nach dem Rechtsbruch Pankows.
GREWE soll am Abend des 17.8. vertraulich von "unglaublichen angloamerikanischen Extratouren" gesprochen haben.

Dokument 6

+an : bmvtdg fue b roem 2 3
bmvtdg fue h roe 2 2 - hardthoehe roem 1 (helo)
bmvtdg fue l roem 2 2
bmvtdg fue m roem 2 2
von : bnd 05 - n - h - 32 859/61 geh. vom 23.8.1961

g e h e i m - s o f o r t fernschreiben -

nur zur eigenen unterrichtung
----
betr.: tagesmeldung nva 23.aug 61

in der nacht 22/23 aug wurden durch das regime der sbz
von den bisherigen uebergangsstellen 5 weitere geschlossen.
es sind ab 23 aug an uebergangsstellen vorhanden:

1. fuer auslaender einschl. diplomaten
   friedrichstrasse
2. fuer westberliner
   chausseestrasse
   invalidenstrasse
   oberbaumbruecke
   sonnenallee

3. fuer angehoerige der brd
   bornholmerstrasse
   heinrich-heine-strasse

+++++

fin bt qsl = 0930 = dks ws +???

Dokument 7

615

an : bmvtdg fue b roem 2 2/3

bmvtdg fue h roem 2 2 - hardthoehe roem 1 (helo)

bmvtdg fue l roem 2 2

bmvtdg fue m roem 2 2

mit anschriftenueberмittlung

363/roem 6 fuer buka, aa, bmg, bm-verk,

nachrichtlich 363/roem 5

von : bnd 05 - n - tv - 61 921/61 geh. vom 25.8.61 az.: 04-08-12

geheim - dringendes fernschreiben -

betr.: sperrmassnahmen im binnenschiffsverkehr nach berlin

bez.: [illegible] - 5[illegible] z.d.f.: 20.8.61

[illegible] der zentralstelle fuer schiffbau und seefahrtwesen wird [illegible] eine anordnung vorbereitet, durch die der [illegible] von den sperrverordnungen des 13 aug offiziell noch [illegible] betroffene binnenschiffsverkehr nach berlin ,,so gut [illegible],, eingeschraenkt werden soll.

[illegible] zum erlass dieser anordnung darf aufgrund einer anweisung [illegible] vom 13 aug 01.15 kein schiff von den wasserstrassen der [illegible] oder des sowjetsektors von berlin auf solche ,,des [illegible] ueberwechseln,,. die durchfuehrung dieser ueber das wasserstrassen-fernsprechnetz (,,wasa,,) durchgegebenen anweisung ist von kontrollposten der nva sicherzustellen.

- 2 -

616

- seite 2 zu fs nr.61 921/61 geh.

g e h e i m

anmerk.ng:
die getroffenen und geplanten massnahmen betreffen offenbar zunaechst nur sowjetzonale schiffe.
ihre auswirkungen sind praktisch seit 13 aug eingetreten, da seitdem weder in der bundesrepublik noch in berlin west sowjetzonale schiffe eingetroffen sind.

nach abgang z.k (im hause)

363/w	1x
171	1x
180	1x
281	1x
281/roem 3	2x
441	1x
234	2x
mr. brent	1x
123	1x
123 pol	2x
123 w-rue	1x
123 mil	2x
123 mil roem 1	1x
123 mil-str	4x
123mil-h	6x
123 mil-l	1x
123 mil-m	2 x
123 mil-t/v	2x ++++++

Dokument 8

672

437/I Nr. 147 153 v. 29.8.1961

Land : SU/SBZ/BRD/Westmächte
Betr. : Sowjetische Andeutungen über mögliche Aufhebung der Schliessung der Sektorengrenze in Berlin
Z.d.F. 18.8.1961
Bew. : C

Meldung:
Aus MOSKAU:

Ein sowjetischer Funktionär erklärte, durch die Schliessung der Sektorengrenze in Berlin seien die Probleme vereinfacht. Die SU sei bereit, die Sektorengrenze wieder zu öffnen, wenn die USA Massnahmen träfen, um Westberlin gegenüber dem Osten politisch zu neutralisieren. Das würde bedeuten: RIAS und der Sender Freies Berlin in der jetzigen polemischen Form mit ihrer zersetzenden Wirkung müssten verschwinden; der Berliner Senat müsse eine neutrale Haltung, etwa wie die Regierung in Wien, einnehmen; es müsse ein realistischerer Wechselkurs gefunden werden. Die Anwesenheit alliierter Truppen in Westberlin störe nicht. Westberlin werde nicht blockiert werden. Falls die USA bereit seien, dem Gedanken einer politischen Neutralisierung Berlins näherzutreten, werde die SU auch die Kontrolle der Verbindungen nach Westberlin nicht an Ulbricht übertragen. Diese Gedanken sollten der Kern eines Friedensvertrages sein, an dem die SU den Westen gern beteiligen möchte. In diesem Vertrag wäre der freie Zugang des Westens nach Berlin garantiert.

Dokument 9

673

363

An
Herrn Bundesminister des Innern
(vierfach: je 1 Stück für die Referate VI A/4, VI B/1,
VI B/5, VI C/2)

Herrn Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen

Herrn Bundesminister für Verteidigung
(doppelt: je 1 Stück z.H.v. Herrn Brigadegeneral Wessel o.V.i.A.u.
Herrn Oberstleutnant i.G. Dr. Trentzsch o.V.i.A.)

das Bundeskanzleramt

das Auswärtige Amt - Abt. II -

Herrn Bundesminister für Wirtschaft
- Referat IV C 7 - z.H.v. Herrn Kleindienst o.V.i.A. -

B o n n

das Bundesamt für Verfassungsschutz (doppelt)

K ö l n

Betr.: Besondere Grenznachricht;
hier: Zwischenfall an der SBZ-Demarkationslinie auf der Straße Neustadt b. Cbg. - Sonneberg (Hauptzollamt Coburg)

Am 29. August gegen 1.30 Uhr traf der Zollkommissar Neustadt eine Streife der US-Streitkräfte auf der Straße Neustadt - Sonneberg. Er ging mit 2 Mann der Streife in Grenznähe durch den Hof eines Anwesens links der Straße, um ihnen ein Panzerfahrzeug auf dem Gebiet der SBZ und die Arbeiten von 100 - 150 Mann am Drahtzaun auf dem Gebiet der SBZ zu zeigen. Ein dritter Mann der US-Streife, der vermutlich den drei Personen folgen wollte und wohl nicht bemerkt hat, daß diese links von der Straße abgebogen waren, ist geradeaus weitergegangen. Er ist an der Straßensperre auf dem Gebiet der Bundesrepublik vorbeigegangen, hat nach etwa 5 m die Demarkationslinie überschritten und ist auf eine Gruppe von 30 - 40 Personen zugegangen, die jenseits der Demarkationslinie auf dem Gebiet der SBZ standen. Bei diesen Personen handelte es sich um Angehörige der sowjetzonalen Grenzpolizei, die die Arbeiten am Drahtzaun überwachten. Der

- 2 -

674

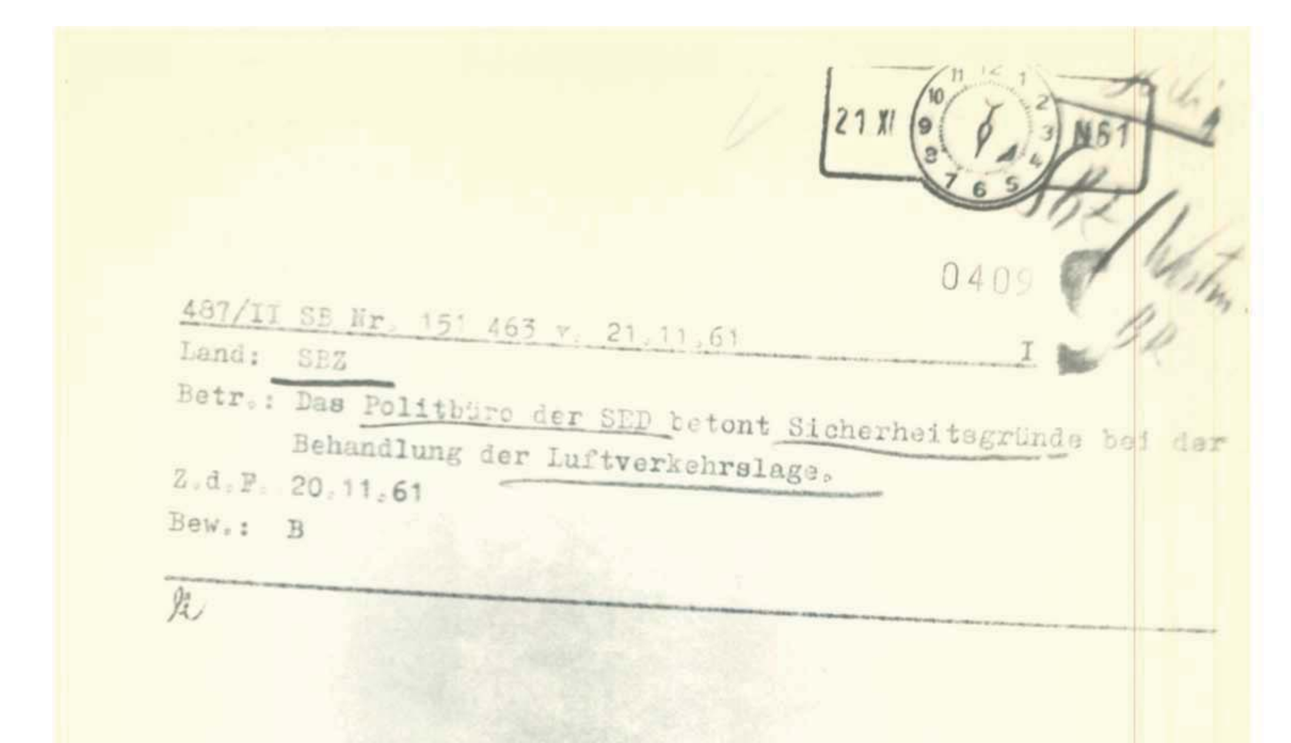
- 2 -

Amerikaner ist somit den Angehörigen der sowjetzonalen Grenzpolizei einwandfrei auf dem Gebiet der SBZ direkt in die Arme gelaufen. Er wurde nach kurzer Gegenwehr überwältigt und abgeführt.

Der Vorfall spielte sich so schnell ab, daß ein Angehöriger des BGS, der in der Nähe der Straßensperre auf Bundesgebiet stand und die Arbeiten am Drahtzaun beobachtete, den Amerikaner nicht mehr warnen und aufhalten konnte.

Im Auftrag

Dokument 10



21 XI 1961

0409

487/II SB Nr. 151 463 v. 21.11.61

Land: SBZ I

Betr.: Das Politbüro der SED betont Sicherheitsgründe bei der Behandlung der Luftverkehrslage.

Z.d.P. 20.11.61

Bew.: B

Aus Ost-BERLIN:

1) Der verantwortliche Funktionär des Luftfahrtwesens in der SBZ Arthur PIECK, erhielt vom Politbüro der SED den dringenden Auftrag, die Frage zu untersuchen, wie weit mit der Fortsetzu[ng] des Flugverkehrs nach TEMPELHOF und TEGEL durch das zeitweili[ge] Überfliegen Ost-BERLINs vor allem bei der Landevorbereitung ei[ne] Gefährdung für die Ostberliner Bevölkerung eintritt.

2) Die SED zielt jetzt darauf hin, vor allem Sicherheitsgründe in den Vordergrund zu spielen, um TEMPELHOF und TEGEL auszuschalten. Die neue Initiative des Politbüros wurde ausgelöst durch die neuen Aktionen Präsident KENNEDYs zur Verbesserung d[es] Luftlandesystems über den amerikanischen Grosstädten. Die erst[en] Berichte über die amerikanischen Aktionen wurden dem Büro von Arthur PIECK zugeleitet.

3) In diesem Zusammenhang wird berichtet, dass das Büro PIECK genügend Unterlagen dafür besitze, dass TEMPELHOF und TEGEL zu de[n] gefährlichsten Flughäfen EUROPAs gehörten. SCHÖNEFELD sei nicht nur aus politischen Gründen angelegt worden, sondern aus den Sicherheitsüberlegungen, die überall in der Welt dazu führten, die grossen Flughäfen von der unmittelbaren Stadtnähe fortzunehmen.

0410

– 2 –

4) Den Vorschlägen, die jetzt von der SBZ auf technischer Basis ausgearbeitet werden, liegen die Tendenzen zugrunde, ein Über-fliegen Ost-BERLINs zu verbieten und rechtliche Vorbereitung dafür zu schaffen, dass die SBZ bei späteren Verhandlungen f den Düsenflugverkehr aus Sicherheitsgründen keine Genehmigun für einen Innenstadtflughafen wie TEMPELHOF oder TEGEL ertei wird.

5) Im Rahmen dieser Vorschläge taucht der Plan auf, für West-BE und seinen Verkehr mit der BRD und dem westlichen Ausland ei besondere Abfertigung in SCHÖNEFELD zu errichten, zu der ein Direktverbindung über die Schiene in gut 10 Minuten nach TEM HOF führen soll. Es bestünde auch die Möglichkeit, die Haupt fertigung in TEMPELHOF zu belassen und die Passagiere von un nach West-BERLIN vom Flugzeug bis zur Bahnverbindung nach TEMPELHOF zu schleusen. Dieser Plan ist in allen seinen Einz heiten noch nicht bekannt, zumal er auch noch nicht die Form eines abgeschlossenen Materials besitzt, sondern nur als Dis kussionsgrundlage für die Beratungen mit der politischen Füh der SBZ und der SU gilt.

ISBN 978-3-943549-00-3

9 783943 549003